

Jetzt haben sie endlich auch gegen uns die Sau raus lassen: Rebnann und BKA geben vor, was ein Bundesrichter zum Beschluß verpackt, sowie jede Schweinerei mit den Gesetzen dieses Staates legitimiert wird.

Um den 20.7.86 wurden mehrere hundert Zeitungen der 'radikal' auf dem Postweg abgefangen, und anschließend die örtlichen Staatsschutzkörper losgepiffen, um landauf landab alle auffindbaren Exemplare auszuschnüffeln und mitgehen zu lassen. Die Aktion dauert jetzt noch an, wobei sie nicht nur den öffentlichen Verkauf in Läden verhindern wollen, sondern auch in Privatwohnungen nach Spuren des Handverkaufs geifern.

Formal geht es um das übliche:

Rebnann ermittelt wegen § 129a ("Unterstützung der terroristischen Vereinigung RAF, Werbung für die terroristische Vereinigung RZ" u.a.), § 111 ("Aufruf zu Gewalttaten") und § 90a (Verunglimpfung des Staates"). Bereits 1984 wurde zwei angeblicher Verfasser und Herausgeber der 'radikal' mit ähnlichen Formalitäten ein Strick gedreht und je 30 Monate Knast beschossen. Während die seinerzeit empörte Öffentlichkeit nach Pressefreiheit brüllte (und dann wieder verstummte), entschlossen wir uns, die Ebene der permanenten Kompromiße und der Heuchelei zu verlassen und den Zugriff der Bullen auf Personen und die Zeitung selbst soweit wie möglich zu erschweren: Kontaktadresse im Ausland, keine öffentlichen Redaktionssitzungen, verdeckter Vertrieb, kein Konto, etc. Als Zeitungs-Kollektiv mit konspirativer Struktur wandeln wir seitdem zwischen Illegalität und öffentlichen Strukturen und sind besonders, wo es um die breite Verteilung der Zeitung geht angreifbar, wie gerade geschehen. Schon bei unserer Entscheidung, eine linksradikale Zeitung in der BRD nur verdeckt machen zu können, gingen wir von der grundsätzlichen Kriminalisierung autonomer Inhalte aus, wie sie sich immer wieder bestätigt. Die regelmäßige Beschlagnahme des Münchner 'Freiraum' (anhand der Juli-Nr. versuchen sie die Zeitung endgültig zu vernichten), Verfahren gegen das Stuttgarter 's'blättle', die Beschlagnahme der 'radiaktiv' zu AKW-Bewegung und Widerstand nach Tschernobyl. Allein die Auseinandersetzung mit Militanz und Widerstand zwingt die Repression zum Eingreifen, wenn sich was daraus entwickelt. In dieser Logik ist das bloße Erwähnen der Guerilla ohne gleichzeitige Distanzierung politisch verboten. Mit dem extra hierfür geschaffenen Paragraphen 129a wird schon das Bewußtsein kriminalisiert, womenschenfeindliche und gewinnsüchtige Gewalt tagtäglich von den Herrschenden ausgeübt, vertuscht oder offer gedeckt wird.

Sie strampeln mit Händen und Füßen, weil sie nicht damit fertig werden, daß ihnen immer mehr Menschen den offenen Krieg erklären und glauben, sie könnten mit solchen Aktionen die weitere Entwicklung verhindern.

Bundesweit

radikal

Beschlagnahme mit

Wir wissen einiges über das einheitliche Interesse des Apparates, aber auch, daß seine einzelnen Rädchen nicht immer dasselbe wollen. Da wäre das plumpe "Strafverfolgungsinteresse" auf der einen Seite, das schlicht verbieten, vernichten und aus dem Verkehr ziehen will, was diesen Staat gefährlich sein soll. Auf der anderen Seite die subtile Verfolgung der Schnüffelorgane wie Verfassungsschutz und Expertenabteilungen des BKA, die sich in unsere Köpfe hineinzudenken versuchen, und an langfristiger Aufstandsbekämpfung bzw. vorbeugenden Techniken experimentieren. Sie brauchen Informationen, die sie z.B. aus linksradikalen Zeitungen erhalten. Das heißt ihr Interesse an schneller Vernichtung ist im Einzelfall untergeordnet oder taktisch bestimmt: Schlag ins Wasser und beobachten was sich bewegt.

Unterschiedliche Prioritäten verzahnen sich natürlich schon heute, aber um jeden Schlag noch besser landen zu können und um Zuständigkeiten noch genauer festzulegen, sollen die neuen Sicherheitsgesetze her. In unserem Fall werden wir deren Auswirkungen u.a. dann spüren, wenn sie für eine großangelegte Beschlagnahmeaktion nicht mehrere Wochen, sondern ein paar Tage brauchen. Warum werden nach Jahren der relativen Ruhe plötzlich die Hunde losgelassen?

Es wird wohl nicht der kalkuliert überlegte Schlag gewesen sein, aber auch kein reiner Zufall, wenn sie ihre Maschine gerade jetzt und gerade gegen diese Nr. der Zeitung ankurbeln. Zum Teil hängt das von der konkreten Schwachstelle ab, die ihnen jetzt ein Erfolgserlebnis schon vor der Verteilung bescherte, und sie den Rest der Auflage über die bundesweite Beschlagnahme kriegen wollten. Zum anderen sind ihnen Thema, Inhalt und Kontinuität der Zeitung gefährlich, wenn sie sich zu einem solchen Aufwand entschließen.

Wenn wir uns den konfusen Brei unserer ersten Nr. 128 anschauen, hat sich in der Zwischenzeit vieles entwickelt. Wir haben gelernt und lernen weiter, worum es weltweit und speziell in dieser Gesellschaft geht, und wir können immer genauer bestimmen, wogegen sich revolutionärer Kampf richten muß und welche Ansichten und Verhaltensweisen wir bei uns selber verändern müssen. Wir lernen unsere Verantwortung auch für diese Zeitung begreifen, weil sie von vielen als Instrument genutzt wird, um breite Diskussionen zu führen, Infos auszutauschen, und um aus der Vielzahl der verschiedenen Ansätze und militanten Widerstandsformen gemeinsame Inhalte zu erkennen und zu vermitteln. Damit wir nicht vereinzelt und gespalten, sondern zusammen immer sicherer, mehr und stärker werden, indem wir kritisieren und voneinander lernen.

Nicht nur im Freundeskreis oder der Szene, sondern mit allen, die aus ihrer Identität heraus das herrschende System auch noch im Knast ablehnen, und es mit ihren Möglichkeiten bekämpfen. Wo es

keine Versöhnung mit der Macht gibt, müssen wir uns umso fester zusammenschließen!

Mit Ansprüchen an die Zeitung, für radikale Bewegung und Aktion, für autonomes Selbstverständnis und revolutionäre Ziele, sind wir stückweise vorangekommen. Wir spüren an Reaktionen und inhaltlicher Beteiligung, daß immer mehr Genoss/inn/en die Zeitung als das begreifen, was sie sein kann und soll, daß Auseinandersetzungen in vielen Regionen in die richtige Richtung laufen, weil sie genauer und selbstkritischer werden und sich an dem orientieren, was hier abläuft und Realität ist.

Die Entwicklung der Zeitung läuft parallel zu der Entwicklung militanten Widerstandes in der Bundesrepublik überhaupt in der letzten Zeit. Weil es einen Schub gegeben hat, neue Kräfte sich mobilisiert haben, das Treiben im Schwebezustand 82-84 aufgebrochen ist in den Kämpfen zum HS, Günter Saxe, Libyen und schließlich Wackersdorf, Brokdorf, und immer mehr Leute ihren Widerstand an einzelnen Punkten in einem Gesamtzusammenhang begreifen.

Genau diesen Prozess wollten wir mit der 132 vorantreiben, weil unsere Struktur die Möglichkeit bietet, nicht nur den Kern des Widerstandes zu erreichen, sondern auch andere Menschen.

Eine Struktur, wie sie die 'radikal' darstellt, ist dann gefährlich, wenn die Möglichkeit illegale Nachrichten zu transportieren in eine Aufbruchstimmung reinfällt, sie also mobilisieren kann. Nicht aus sich selbst heraus, sondern aus dem, was im Widerstand abläuft, wir also den Spiegel der Kraft bilden, die der Widerstand hat. Dadurch entwickelt sich das Bewußtsein über die Gleichzeitigkeit und Vielzahl der Angriffe auf das System, das neue Energien freisetzen kann. Wir schlagen die Bücken zwischen Guerilla, militantem Widerstand und Menschen, die am Anfang der Widerspruchsketten stehen. Indem wir jeden Angriff, der aus der politischen Identität der einzelnen Leute heraus entstanden ist gleich wichtig finden, und uns mit den verschiedenen Kämpfen solidarisieren, bzw. sie in einen Zusammenhang stellen.

Deshalb fanden wir es auch wichtig die Erklärung der RAF zur Liquidierung von Beckurts über die Zeitung zu verbreiten, und uns mit solidarischen Grüßen dazu zu verhalten. Denn wenn die Schweine nach Straßlach sagen, die RAF wolle sich durch die Ernährung der WAA an den breiten Widerstand anbieten, heißt das nur: Sie haben einen totalen Schiß vor der Entwicklung, daß immer mehr Menschen solche Angriffe aus ihrem eigenen Selbstverständnis heraus verstehen - Spaltungsversuche nicht mehr greifen!

Wenn sie jetzt die 132 beschlagnahmen, mit dieser Intensität, bundesweitem Ausmaß und unter BAW-Federführung, hat das aus unserem Verständnis zwei Gründe:

— Die Entwicklung im Widerstand, die sich in der zugespitzten, verschärften Auseinandersetzung mit dem Staat ausdrückt.

### Neue Durchsuchungen wegen 'radikal'

Berlin (taz) — Die Durchsuchungen von Buchläden und Wohnungen wegen der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift gingen in den letzten Tagen weiter. In Oldenburg wurden am Freitag zwei Buchläden durchsucht, in Karlsruhe eine Wohnung. In beiden Fällen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, in Karlsruhe wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, Werbung für RAF und RZ, Verunglimpfung des Staats und Aufruf zu Straftaten“.

— Die Brücke zwischen Guerilla und Widerstand, die die neue 'radikal' durch ihren Inhalt schlägt.

Wo Kontinuität vorhanden ist, die relativ breit entwickelt und getragen wird, müssen Staat und Bullen zwangsläufig zuschlagen, wenn sich das "Problem" nicht von allein löst. Auch gegen die 'radikal' haben sie erstmal abgewartet, ob unsere Gruppe nicht zerfällt, ob sie besonders in der jetzigen Situation etwas bewirkt, und sie wägen mit der möglichen Solidarisierung gegen die Verfolgung ab, also der Wichtigkeit, die sie der 'radikal' dadurch geben, die sie so noch gar nicht erreicht haben muß.

Es ist wie mit jedem Widerstand der weitergeht und an der Repression zerbricht oder neue Formen sich zu organisieren findet. Insofern ist die Beschlagnahme der Nr. 132 die konkrete Verfolgung, die sich von Nummer zu Nummer verschärfen wird, in dem Maße, wie sie an ihren Methoden arbeiten werden, uns zu kriegen, bzw. die Verbreitung der Zeitung zu verhindern.

Aber der augenblickliche Erfolg der Bullen muß kein langfristiger sein, weil wir trotz erklärter und beschlossener Illegalität nicht in der Ecke schmoren, wo sie uns hinhaben wollen. Wir schätzen, daß sie nur etwa die Hälfte der Auflage aufgespürt haben, und nachdem neu entsteht, was entwendet wurde, gerät ihre Anstrengung vielleicht zur Selbstverarschung.

Aber nur vielleicht, denn auf ihre Aktion zu antworten, ist nicht nur unsere Sache. Sie greifen eine Struktur an, die sich nach langer Zeit um die 'radikal' entwickelt und gefestigt hat. Auf einen Teil dieser Struktur haben sie keinen Eingriff, und deshalb werden sie niemals alle Zeitungen beschlagnahmen können. Es geht um die öffentliche Basis der Zeitung, ein paar hundert Handverkäufer/innen und Buchläden, wo sie offen ausliegt und für jedermann zu bekommen ist; wo Auseinandersetzungen also nicht auf einen kleinen Kreis begrenzt bleiben, weil sie viele erreichen. Für uns ist diese Struktur eine wesentliche Stärke und genau hier setzen die Bullen an. Auch in Zukunft werden sie mit ihren Schnüffeleien fortfahren, um immer weiter herauszufinden, wo sie nach Erscheinen die 'radikal' suchen müssen.

Darauf müssen wir uns bei der Verteilung einstellen. Die Öffentlichkeit bietet nur einen sehr geringen Schutz, auf den sich kein Laden und kein/e Handverkäufer/in verlassen kann, wenn die individuelle Kriminalisierung einsetzt, und es auf persönliches Verhalten ankommt. Deshalb muß die Verteilung, ihr Schutz und Neuaufgabe besser organisiert werden:

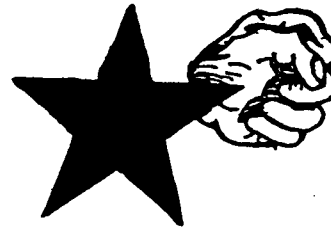
Die Beschlagnahme in Buchläden soll einschüchtern und so im wesentlichen erreichen, daß die Zeitung auf eine politische Clique oder Szene zurückgeworfen wird. Ein großer Teil unserer objektiven Möglichkeiten wäre dahin. Politische Buchläden haben sich zum Teil mit ihrer Funktion beschäftigt und kriminalisierte Schriften werden grundsätzlich gebunkert, bis auf ein Exemplar, das of-

teilt und kopiert. Manchmal handelt es sich dabei um ein paar Minuten oder Pfennigbeträge, die in keinem Verhältnis zum Ziel und der Wirkung solchen Verhaltens stehen.

Die isolierte Entwicklung linker Zeitungen hat ihre Geschichte und ihre Eigenynamik. Sie ist oft darauf zurückzuführen, daß sich die Repression auch heute an einzelnen Redaktionsgruppen austobt, während viele für deren Zusammenkommen die Zeitungen bestimmt sind, ihre Bedeutung gar nicht begreifen. Und so auch nicht den Angriff gegen sich selbst sehen.....

! ! KOPIEREN UND WEITERGEBEN ! !

Noch was. Es wurden Zeitungen nachgedruckt und neu verteilt. Nachdem wir schon zimal Pleite gemacht haben, sind wir nach der Beschlagnahme natürlich besonders geplättet. Ihr könnt euch vielleicht vorstellen was es bedeutet, für ein paar tausend Zeitungen keine Knete mehr zu bekommen, die wir für die Produktion einer neuen brauchen. Schickt massig Scheine an:



Erster Umschlag:

A.L.

Odeongasse 1

A - 1020 Wien

Zweiter Umschlag mit für uns bestimmte Post, der in den Ersten wandert:

Z.K.

**Verteilt die Zeitung im Handverkauf ! !**

Berlin (taz) — Es war morgens früh und alles ging sehr schnell: Stuttgarter Polizeibeamte machten Jagd auf Leute, die verdächtigt werden, im Besitz der Zeitung 'radikal' zu sein.

Durchsucht wurde am Donnerstagmorgen aber nicht wie in den letzten Tagen schon mehrfach ein Buchladen — es ging einer Privatperson an den Kragen: „Wir haben Informationen, daß sie ein Päckchen mit 'Radikal'-Exemplaren von der Post abgeholt haben.“

Nachdem sie die Wohnung auf den Kopf gestellt und keine „radikal“ gefunden hatten, wurde die Frau zur Vernehmung mitgenommen: Verdacht auf Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Derlei unliebsamer Besuch hat auch einen Hanauer heimgesucht. Mehrere Kriminalbeamte forschten in seiner Wohnung nach Lieferscheinen, Rechnungen und einem Begleitschreiben des 'radikal'-Verlages. Laut Durchsuchungsbefehl soll er 25 Exemplare der inkriminierten Zeitschrift erhalten und verteilt haben.

# Bundesanwaltschaft auf 'radikal' Hatz

Nach Buchläden jetzt auch Privatwohnungen nach 'radikal'-Exemplaren durchsucht / Bundesanwaltschaft bestätigt Ermittlungsverfahren gegen 'radikal' / Besitz der Zeitung bleibt aber immerhin straffrei!

fen zum Verkauf ausliegt. In anderen Läden wird begehrtes vorgefunden und alles eingesackt, weil sich die Leute gar nicht, oder nur oberflächlich damit auseinandersetzen, was sie da eigentlich verscherbeln. Mit der 'radikal' ist kein Kommerz zu machen, weil der Verkauf die Verantwortung beinhaltet, Inhalte zu verbreiten und eine Struktur mitzutragen. Die Zeitung erfüllt letztendlich ihren Zweck erst dann, wenn sie die Läden wieder verlassen hat.

Einen anderen Teil der Struktur stellt der Handverkauf dar, zu dem wir sehr oft aufgerufen haben. Gemeint war nicht das Herumrennen und persönliches Anbieten der Zeitungen, sondern das Checken von Läden und Kneipen in allen Regionen, wo sie dann regelmäßig ausliegen. Es ging uns um Leute, die sowas selbständig organisieren und sich ihrer Gefährdung bewußt sind, wenn sie eine dezentrale Verteilung aufbauen.

Wir stellen die Zeitungen zwar zusammen, aber auf den Weg bis ihr sie in den Händen haltet, haben wir nur begrenzten Einfluß. Das heißt, es hängt von jeder und jedem Einzelnen ab, inwiefern die Bullen bei dieser und folgenden Aktionen Erfolg haben. Die Verantwortung hierüber können und wollen wir nicht alleine tragen.

Also überlegt euch, wie ihr euch selbst schützen könnt, die Zeitungen nicht zu eurer persönlichen Adresse bestellt, keine größeren Mengen oder Begleitschreiben von uns in euren Schreibtischen aufbewahrt. Und stellt euch darauf ein, was ihr macht, wenn die Pigs auftauchen und z.B. wissen wollen, ob ihr den Inhalt der Zeitungen kennt, ob ihr sie verkauft und wenn, warum. Das Lesen (zu Informationszwecken) scheint noch gestattet, die Verteilung kann in jedem Fall § 129a bedeuten.

Macht es öffentlich, wenn ihr heimgesucht werdet, weil viele auf den Eintritt der Bullen nicht vorbereitet sind, der ihnen bevorsteht. Kopiert die Zeitung und verteilt sie neu, wenn sie in eurer Region beschlagnahmt wird. Gerade das Kopieren überall ist unsere beste Antwort auf solche Aktionen, weil so der kurzfristige Erfolg der Bullen zu unserer langfristigen Stärke wird.

In diesem Sinne wollen wir unsere Stellungnahme beenden, mit einigen Gedanken zur grundsätzlichen Bedeutung linksradikaler Medien hier und überall im Imperialismus. Wir führen auch einen Kampf für selbstbestimmte Kommunikationsstrukturen, wir wollen unsere Inhalte verbreiten und Diskussionen führen, die ab einer gewissen Entwicklung verboten sind und kriminalisiert werden.

Viele Zeitungen der Linken geben dem Druck der Repression nach und ersetzen ihre Funktion durch die eigene Schere im Kopf. Andere widerstehen und werden immer weiter in die Illegalität abgedrängt, bis sie sich mit dogmatischen Positionen auf eine kleine Szene beziehen. Aus der Illegalität trotzdem breit zu wirken, setzt voraus, daß Zeitungen nicht konsumiert oder nur genutzt, sondern mitbestimmt werden. Ebenso wie es alltäglich und selbstverständlich sein muß, daß wer ein Flug in den Händen hält, es weiterver-

# Polizeiaktion gegen Buchhandlungen

## Generalbundesanwalt läßt die Zeitung »Radikal« beschlagnahmen

Seit Juli dieses Jahres werden die linken Buchhandlungen und Infozentren in der BRD und Westberlin von einer Durchsuchungswelle der Politischen Polizei heimgesucht. Ziel dieser Aktion ist die Beschlagnahme der Zeitung »Radikal«, Nr. 132, Initiator ist die Bundesanwaltschaft in Zusammenarbeit mit dem BKA und den lokalen Polizeibehörden. Fleißig dabei waren auch die Dienststellen der Bundespost, denn irgendwie wurde der Inhalt eines Paketes, das die »Radikal« enthielt, bekannt. Es wurden dann anhand der Paketkarte und einer Beschreibung des gefundenen Paketes weitere Pakete und Päckchen ausfindig gemacht.

Besondere Aktivitäten entfaltete dabei das Paketamt in Bielefeld, bei dem ein Großteil der Sendungen mit der »Radikal« eingeliefert worden war. In anderen Paketämtern der Post zirkulierte ein Rundschreiben, in dem bis ins letzte Detail Verpackung und Beschriftungen der gesuchten Sendungen angegeben waren. Postbeamte wurden von der Polizei unendlang verhört und nach der Auslieferung dieser Pakete ausgefragt: ob ausgeliefert wurde, ob bekannt gewesen sei, welchen Inhalt die Pakete gehabt hätten, an wen persönlich ausgeliefert worden sei usw.

Durch einen Fehler der Absender wußte die Polizei, wieviele Zeitungen in den jeweiligen Paketen gewesen sein sollen. So konnte sie gezielt in die Läden gehen und sagen: »Sie haben die und die Menge von der »Radikal« erhalten, wo sind sie?«

Die Beschlagnahmen liefen jedoch nicht immer so zurückhaltend ab, zumindest nicht bei den zweiten Besuchen, die manche Buchläden und Infozentren vom BKA erhielten.

## Polizei und BKA durchsuchen Buchläden und Infozentren

In der ersten Durchsuchungswelle beschränkte sich die Polizei in der Regel darauf, nach der »Radikal« Nr. 132 zu fahnden und — wenn sie fündig wurde — zu beschlagnahmen. Betroffen waren davon Läden und Zentren in Berlin (insgesamt zwölf Projekte), Hamburg (vier Projekte), in Siegen, Gießen, Osnabrück, Braunschweig (zwei Projekte), Mainz, Moers, Düsseldorf, Köln, Mönchengladbach, Bochum, Bielefeld, Dortmund, Krefeld, Hannover, Frankfurt (vier Projekte), Saarbrücken, Kaiserslautern, Kassel, Freiburg, Jarmstadt, Rendsburg, Bremen, Marburg, Karlsruhe, Itzehoe, Kiel, Detmold, Oldenburg, Konstanz, Göttingen (so weit unser bisheriger Informationsstand). In manchen Fällen wurden bei dieser Aktion auch Rechnungsordner eingesehen und andere Zeitungen (»Freiraum«) in den Läden beschlagnahmt. Beteiligt waren in der Regel nur Beamte der lokalen Staatsschutzabteilungen.

Anders sah es schon bei den zweiten Besuchen aus, die verschiedene Buchläden von der Politischen Polizei erhielten. Das BKA hatte sich direkt eingemischt und seine Schnüffler auf den Weg geschickt, so u.a. in Osnabrück, Berlin, Braunschweig, Mainz, Hannover, Frankfurt, Kassel, Köln.

Sie beschränkten sich diesmal nicht auf eine Nachfrage nach der »Radikal«, sondern durchsuchten die Läden gezielt, durchstöberten Rechnungsordner und andere Unterlagen und machten sich eifrig Notizen über Dinge, die für sie bemerkenswert waren; für sie wichtige Schriftstücke wurden beschlagnahmt. In einem Fall (»Guten Morgen«-Buchladen in Braunschweig) sperrten sie den Laden zu, um ungestört arbeiten zu können. Diesen Ladenbesuchen schlossen sich Hausbesuche der Staatsschützer bei den Geschäftsführerinnen der Läden an. Die Privatwohnungen wurden durch-

sucht, dabei spielte keine Rolle, ob der Wohnungsinhaber anwesend war oder nicht. Die Leute aus dem »Cardabela«-Buchladen in Mainz erhielten eine Aufforderung zur erkennungsdienstlichen Behandlung.

Was wurde gefunden? Wenig, wenig... Hier mal ein Exemplar der 132, dort ein anderes, in den meisten Fällen jedoch nichts. Die Zeitung hatte offensichtlich ihre Leser gefunden, obwohl viele Leute, die die »Radikal« einzeln abonniert hatten, kein Exemplar erhalten haben (insgesamt ist wohl die Hälfte der Auflage der Nr. 132 beschlagnahmt worden).

## Postkontrolle und Ermittlungsverfahren angeordnet

Die Postkontrolle, die auch bei den Einzelabonnenten verhängt wurde, hat also funktioniert. Diese Postkontrolle besteht auch weiterhin; sie wurde vom Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof angeordnet und richtet sich gegen Briefe und Pakete, auf denen die bisherigen Absenderadressen der »Radikal« angegeben waren: Internationale Grüne, Kopenhagen und Alternative Liste, Wien. Diese Sendungen werden beschlagnahmt.

Gegen alle Geschäftsführer der Buchläden laufen derzeit Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts, in einigen Fällen auch gegen andere Personen, die in den Läden und Zentren arbeiten. Wir schätzen die Gesamtzahl der Verfahren auf etwa Hundert. In Karlsruhe wurden im Rahmen der »Radikal«-Beschlagnahmeaktionen vier Frauen vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt, während gleichzeitig ihre Privatwohnungen durchsucht wurden.

Ermittelt wird hauptsächlich nach § 129a StGB, d.h. konkret wegen des Verdachts, die »terroristische Vereinigung RAF zu unterstützen und für die terroristische Vereinigungen RAF und RZ durch die Verbreitung der Druckschrift »Radikal« zu werben«. In einigen Fällen wurden die Ermittlungsverfahren an die zuständigen Oberlandesgerichte abgegeben.

## Auszüge aus dem Beschlagnahmebeschuß

In dem Beschuß des Generalbundesanwalts heißt es zur Begründung, die »Radikal« 132 zu beschlagnahmen, daß folgende Straftatbestände vorlägen:

- \* Verdacht von Straftaten nach § 129a u.a.;
- \* die »Radikal« enthalte Beiträge, in denen Gewalt bis hin zu terroristischen Anschlägen das Wort geredet würde,
- \* enthielte eine Tatbekennung zum Anschlag auf Beckurts (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung § 129a),
- \* fordere zum Kaufhausdiebstahl auf (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten § 111),
- \* enthielte eine Anleitung für den Bau eines elektrischen Zeitzünders (§ 111);
- \* in der Behauptung, Ulrike Meinhof sei von Schergen des BRD-Staates ermordet worden, sei eine Verunglimpfung des Staates zu sehen (§ 90a);
- \* Ziele und Strategien der RAF würden verherrlicht werden, die Aufzählung von Aktionen bestärke die Mitglieder in ihrem Zusammenwirken (§ 129a);
- \* die BRD würde als Mörderstaat herabgewürdigt werden (§ 90a);
- \* weiter enthielte die »Radikal« ein Zitat aus einem RZ-Papier, das geeignet sei, bei den Lesern Sympathie für diese terroristische Vereinigung zu wecken und sie für deren Ziele und Strategien einzunehmen (§ 129a),
- \* einen Artikel, in dem der militante Widerstand gegen die WAA in Wackersdorf dokumentiert und zu ähnlichen Aktionen aufgerufen würde (§ 111).

► Berichte und Bekenntnisse zu den Anschlägen im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die WAA und mögliche Anschlagziele (Liste der Firmen) (§ 111).

In dem Schlußsatz der umfangreichen Begründung heißt es dann, daß eine Trennung der strafrechtlich relevanten Seiten der ›Radikal‹ 132 von den übrigen Seiten praktisch undurchführbar sei und nur unbedeutende und unverkäufliche Teile der Zeitung zurücklassen würde.

... und im politischen Denken (§ 130a)

Die 1976 eingeführten und nach Protesten der bürgerlich-liberalen Öffentlichkeit wieder abgeschafften Gesinnungsparagraphen 88a (›Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten‹) und 130a (›Anleitung zu Straftaten‹) sollen in einer Neufassung des Paragraphen 130a wieder eingeführt werden.

Sobald der Gedanke zum Wort wird oder gar schriftlichen Niederschlag findet, drohen demnächst hohe Strafen. Mit dem § 130a ist ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung auf die Gleichschaltung der Medien getan. Unterdrückung von Gegeninformation ist nicht neu, aber so wackelige juristische Konstruktionen wie eine ›Beihilfe zur Werbung für eine terroristische Vereinigung‹ werden demnächst nicht mehr notwendig sein: Der § 130a bedeutet die maßgeschneiderte juristische Absicherung von Methoden, die schon längst praktiziert werden und bereiten den Boden für noch weiter reichende Unterdrückungsmaßnahmen. Seine vollständige Ausschöpfung bedeutet — im Zusammenhang mit der schleichenden Ausweitung des Gewaltbegriffs (passive Bewaffnung, Auslegung von ›Nötigung‹ als Gewaltanwendung...) — die Kriminalisierung jedes Papiers, das sich mit politischem Widerstand beschäftigt: Wo dieser Widerstand nicht zerschlagen werden kann, soll er wenigstens — wenn überhaupt! — nur in der offiziellen Darstellung an die Öffentlichkeit gelangen.

Jede Solidarität mit militantem Widerstand, jede Sympathie mit radikalen Ideen wird unter Strafe gestellt. Das betrifft z.B. Leute, die Flugblätter, Broschüren oder Zeitungen machen oder herausgeben, diejenigen, die sie drucken, setzen, vervielfältigen, jene, die sie verkaufen, verteilen. Und damit ist der Kreis geschlossen, der — alle von RAF bis Flugblattverteiler — zu Terroristen stempelt und der Verfolgung durch den Staatsschutz freigibt.

Militanter Widerstand, Materialblockaden, Sabotageakte werden noch riskanter, als sie es ohnehin schon sind. Wer weiterhin Widerstand leisten will, muß damit rechnen, mit allen Mitteln bekämpft zu werden. Die Bedrohung durch Prozesse, Knast, Denunziation soll zum immer gegenwärtigen Bestandteil unseres politischen Handelns werden; Angst im Kampf gegen Staat und System soll alltäglich werden.

Die Häuserräumungen in Hamburg, die Durchsuchungen in Düsseldorf und Duisburg, die Polizeiaktion in München haben gezeigt, wie schnell Menschen zum Terroristenumfeld erklärt und als Freiwild bekämpft werden.

## Wer wir sind und was wir wollen

Die linken Buchläden und Infozentren haben u.a. die Funktion, politische Informationen zu verbreiten. Sie nehmen damit an den Diskussionen innerhalb der Linken teil. Dieser Funktion stehen die Interessen des Staatsschutzes gegenüber, diejenigen Informationen zu unterbinden, die den Staatsapparat (oder die Interessengruppen, die er vertritt) bedrohen.

Wir werden daher gezwungen, unsere Funktion unter der Bedrohung wahrzunehmen, kriminalisiert zu werden und

entsprechende Konsequenzen tragen zu müssen (Strafverfolgung). Oder aber wir fangen an, die Informationen zu zensieren, die möglicherweise den Staatsschutz in Aktion treten lassen.

Wir sind der Auffassung, daß die Öffentlichkeit alle Informationen erhalten muß, die für die Diskussionen in den sozialen Bewegungen notwendig sind. Dazu gehört, daß jede Form von Widerstand öffentlich dokumentiert werden kann. Wir wollen nicht mit der Schere im Kopf darüber entscheiden, welche Informationen in welcher Form über unsere Läden verbreitet werden.

Selbstverständlich entwickeln wir zu bestimmten politischen Aussagen unsere eigenen Meinungen. Nur, die lassen wir uns nicht durch Staatsschutzmaßnahmen aufzwingen: Weder müssen wir automatisch mit politischen Aussagen sympathisieren, nur weil wir die Zeitungen, in denen diese Aussagen stehen, verbreiten; noch lassen wir uns dazu nötigen, uns von diesen Meinungen zu distanzieren, wenn sie vom Staatsschutz verfolgt werden.

Die Beschlagnahmeaktion gegen die ›Radikal‹ ist kein Einzelfall. In diesem Jahr gab es u.a. Beschlagnahmungen des Münchner ›Freiraum‹, der Stuttgarter Zeitung ›Blättele‹, vor kurzem die Beschlagnahme der ›RadiAktiv‹. Diese Staatsschutzaktionen sind ein Zeichen dafür, daß die Auseinandersetzung über Militanz und Widerstand in den sozialen Bewegungen verhindert werden soll.

Aber wir lassen uns nicht vorschreiben, welche Bücher und Zeitungen in diesem Land geschrieben, gedruckt, verteilt und diskutiert werden dürfen und welche nicht!

## Die Bedeutung der §§ 129a und 130a

Die Durchsuchungen in den Buchläden und Infozentren sehen wir in engem Zusammenhang mit den derzeitigen Plänen des Staates, seine Unterdrückungsmechanismen auszuweiten. Das geschieht durch die weitere Verschärfung polizeilicher Fahndungsmethoden (z.B. Rasterfahndung), die Verfolgung sozialer Protestbewegungen als kriminelle Vereinigungen und die juristische Absicherung dieser Kriminalisierung durch die Ergänzung bzw. Ausweitung von Artikeln des Strafgesetzbuches (§§ 129 a, 130a).

Gegen Radikalität im politischen Handeln (§ 129a) ...

Die Ausweitung des § 129a und die Wiedereinführung von § 130a stehen in der Kontinuität einer sich verschärfenden Repression gegen soziale Bewegungen. Vor 10 Jahren war es die sozialliberale Koalition, die die Terrorismushysterie zur Verabschiedung fast wortgleicher Gesetze (damals §§ 130a, 88a) ausnutzte. Nun sieht die CDU/CSU/FDP-Koalition ihre Chance gekommen, radikalen Widerstand per weitreichender Gesetze effektiver zu bekämpfen. In den Medien wird die Kronzeugenregelung breitgetreten. Viel einschneidender sind aber die Gesetze, an denen derzeit gebastelt wird: Mit ihnen können bisher legale Widerstandsformen kriminalisiert und für illegal erklärt werden (ein Beispiel dafür sind die bereits jetzt gefällten Gerichtsentscheide über Blockadeaktionen), andere, militante Widerstandsaktionen als ›terroristische Verbrechen‹ geahndet werden. Die Gesetzesvorhaben stellen damit eine einschneidende qualitative Veränderung dar.

Viele, die in den Bewegungen aktiv sind — ob Anti-AKW, Ökologie, Frieden oder 3. Welt — können zu Terroristen gestempelt werden, die es zu bekämpfen gilt. Das solidarische Verhalten zwischen ›kritischen Bürgern‹, Initiativen und militantem Widerstand à la Startbahn West hat durch die Kämpfe am Baugelände der WAA Wackersdorf eine neue Dimension erhalten. Hier konnte der breite Widerstand, der sich über die unterschiedlichen Aktionsformen spannte, nicht in ›Gute‹ und ›Böse‹ gespalten werden. Diese Spaltung soll nun durch die Ausweitung des § 129a erreicht

werden.

Wer nach Verabschiedung dieses Gesetzes beim Fällen eines Strommastes oder bei Anschlägen auf Munitionstransporte erwischt wird, steht nun juristisch auf einer Stufe mit den politischen Gefangenen aus der RAF und kann mit dem gleichen juristischen Instrumentarium bekämpft werden (U-Haft, Hochsicherheitstrakt, Kontaktsperre etc.).

Annabae Frauenbuchladen, Hannover; Aragon Buchladen, Moers; Autonomie-Buchladen, Osnabrück; Buchhandlung Nautilus, Hamburg; Buchhandlung in der Schanzenstraße, Hamburg; Buchl. Männerchwarz, Hamburg; Buchladen Roter Stern, Marburg; Buchladen in der Osterstraße, Hamburg; Buchladen Kleine Freiheit, Gießen; Cardabela Buchladen, Mainz; Frauenbuchladen, Hamburg; Gegenwind Politische Buchhandlung, Hamburg; Guten Morgen Buchladen, Braunschweig; Politische Buchhandlung Jos Fritz, Freiburg; Schwarzmarkt Buchladen un Infozentrum, Hamburg

# freiraum

- NR. 16 BESCHLAGNAHMT

- ILLEGALE POSTBESCHLAGNAHMUNG

## PRESSEERKLÄRUNG

Die neueste Ausgabe der anarchistischen Zeitung "FREIRAUM" ist wieder mal "beschlagnahmt" worden, d.h. es fanden (unerlegte) Durchsuchungen bei mindestens 4 Privatwohnungen sowie im Münchner Infoladen statt. Vorwand diesmal § 90 b (Verunglimpfung des Verfassungsgerichts - Mindeststrafe 3 Monate), vermutlich wegen der Collage auf der Rückseite. Diese Aktion war aber sicher kein Zufall, sondern ein Teil einer konkreten Planung, die westdeutsche Bressellandschaft zu "säubern", was auch zu den insgesamt verschärften Maßnahmen gegen systemkritische Opposition gehört (neue Gesetze, Demoverbote, Kriminalisierungen, Verbot und massive Maßnahmen gegen RADIKAL und ihrer Wiederverkäufer).

Kurz nach dem Beschlagnahmebeschuß (der Niemandem ausgehändigt wurde) erging offensichtlich auch ein Beschlagnahme- oder Anhaltebeschuß für die Postlagerkarte, über die bisher Zuschriften an die Redaktion geschickt werden konnten. Jedenfalls erhalten wir über diese Adresse nun erst einmal keine Post mehr. Was damit passiert, wissen wir nicht, es gab keine offizielle Benachrichtigung. Weiterhin wurde 2 Verdächtigen wegen des eigentlich schon verjährten Verfahrens wegen Nr. 9/85 (§111 + §90a) Strafbefehle zugesandt (1x2.400 DM/120 Tagessätze).

Da sie wegen der neuen Nummer niemand verantwortlich machen können, versuchen sie jetzt so Fahndungserfolge nachzuweisen und Druck zu machen. Im Gegensatz dazu wurden z.B. die meisten Verfahren wegen Nr. 12 (§129a) bereits vorher eingestellt.

Wir werden uns weiterhin nicht abschrecken lassen, es wird so oder so weiterhin "regelmäßig" den FREIRAUM geben.

Zu unserer Unterstützung rufen wir auf, möglichst viel und möglichst sperrige Solidaritätspost (z.B. Weihnachtspäckchen) an die gesperrte (?) PLK - Nr. 073396A, 8 München 34, zu schicken.

WIR FORDERN EIN SOFORTIGES STOP DER ZUNEHMENDEN KRIMINALISIERUNG

VON LINKEN ZEITUNGEN.